

JOSEPH RUMSTADT

Dinglichkeit
im europäischen
Kollisionsrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

521

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

521

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktorium:
Holger Fleischer, Ralf Michaels, Anne Röhel



Joseph Rumstadt

Dinglichkeit im europäischen Kollisionsrecht

Anwendungsbereich für ein vereinheitlichtes
internationales „Sachenrecht“

Mohr Siebeck

Joseph Rumstadt, geboren 1994; Studium der Rechtswissenschaft in München; Rechtsreferendariat im Bezirk des OLG München; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung der Ludwig-Maximilians-Universität München; Notarassessor in Bayern.
orcid.org/0009-0002-8642-376X

Zugl.: Diss., Ludwig-Maximilians-Universität München, 2023.

ISBN 978-3-16-163219-8 / eISBN 978-3-16-163220-4
DOI 10.1628/978-3-16-163220-4

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

Publiziert von Mohr Siebeck Tübingen 2024. www.mohrsiebeck.com

© Joseph Rumstadt.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International“ (CC BY-NC-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Urhebers unzulässig und strafbar.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Herrn Dr. Karl Kirchner
(1923–1972)

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2023 von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Entwicklungen in Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung bis Februar 2023 sind berücksichtigt.

Mein besonderer Dank richtet sich an meinen Doktorvater Professor Dr. Anatol Dutta, unter dessen Ägide diese Arbeit entstanden ist. Er verstand es, durch ehrliches Interesse, gezielte Anregungen und große Freiräume stets eine wissenschaftsfreundliche Atmosphäre zu schaffen. Professor Dr. Stephan Lorenz danke ich für die zügige und sorgfältige Lektüre dieser Arbeit bei Erstellung des Zweitgutachtens.

Nach Hamburg sende ich meinen Dank an die Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht wegen der Aufnahme in diese Schriftenreihe sowie an Herrn Dr. Christian Eckl für die redaktionelle Betreuung der Veröffentlichung.

Danken möchte ich außerdem allen Kolleginnen und Kollegen aus der Veterinärstraße, meinen Freund gewordenen Kommilitonen, allen voran Johannes Rübbeck für stets ertragreichen und erbaulichen Austausch in allen fachlichen und außerfachlichen Dingen.

Größter Dank gebührt meiner wundervollen Familie, meinen Geschwistern Antonia, Franz und Carl, meinen Eltern und schließlich Dir, Sina.

München, im November 2023

Joseph Rumstadt

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Erster Teil: Vorbereitung..... 1

§ 1 Einleitung: Die Sachenrechtslücke im europäischen IPR..... 1

I. Eine kurze Geschichte des internationalen Sachenrechts in Europa.....	3
II. Notwendigkeit einer Vereinheitlichung.....	18
III. Unionsrechtliche Voraussetzungen für eine Vereinheitlichung.....	23
IV. Anwendungsbereich eines internationalen „Sachenrechts“ der Europäischen Union.....	28
V. Gang der Darstellung.....	33

Zweiter Teil: Konzeption.....34

§ 2 Abstraktion vom Recht der Sachen zum Phänomen der Dinglichkeit.....34

I. Rechtsakt nur für körperliche Gegenstände?	34
II. Kollisionsrecht für das Phänomen der „Dinglichkeit“	52

§ 3 Europäischer Dinglichkeitsbegriff – Spurensuche nach Konturen eines Systembegriffs im aktuellen Vereinheitlichungsstand

I. Dinglichkeit in der europäischen Rechtssprache	62
II. Ein europäischer Dinglichkeitsbegriff als Grundlage des internationalen „Sachenrechts“	109

§ 4 Vermögensgegenstände unter dem Systembegriff „Dinglichkeit“ – Probelauf zum Umfang eines internationalen „Sachenrechts“

I. Körperliche Gegenstände	114
II. Unkörperliche Gegenstände	123

III. Einheitlicher Systembegriff für die Privatbindung aller Vermögensgegenstände.....	153
§ 5 <i>Der Begriff des Dinglichen neben anderen Systembegriffen des europäischen IPR – Abgrenzung der vermögensbezogenen Statute</i>	157
I. Vorüberlegungen	158
II. Abgrenzung der Systembegriffe.....	165
III. Der eigene Anwendungsbereich eines vereinheitlichten internationalen „Sachenrechts“	282
§ 6 <i>Normtextvorschlag – Zugleich eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse</i>	290
I. Anwendungsbereich.....	290
II. Begriffsbestimmungen	291
III. Reichweite des anzuwendenden Rechts.....	292
 Dritter Teil: Umsetzung	 293
§ 7 <i>Anknüpfungsmoment</i>	293
I. <i>Lex rei sitae</i>	293
II. Anknüpfung des Dinglichkeitsstatutes: Abstraktion der Belegenheit.....	294
III. Anknüpfungsmomente in einem einheitlichen Kollisionsrecht der Dinglichkeit (Zusammenfassung).....	303
 Zusammenfassung in Thesen.....	 305
 Literaturverzeichnis.....	 307
Sachregister.....	335

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Erster Teil: Vorbereitung	1
---------------------------------	---

§ 1 Einleitung: Die Sachenrechtslücke im europäischen IPR	1
---	---

I. Eine kurze Geschichte des internationalen Sachenrechts in Europa.....	3
1. Vermögensgegenstände in der Antike.....	3
2. Internationales Sachenrecht in der Entwicklung von der Personalität zur Territorialität	4
3. Differenzierung des Kollisionsrechts nach 1200	5
4. Erste Zweifel an der Alleingültigkeit des Belegenheitsrechts.....	7
5. Differenzierung und Emanzipation des internationalen Sachenrechts .	8
6. Die herrschende Meinung im Mittelalter.....	10
7. Das internationale Sachenrecht in den ersten IPR-Kodifikationen	11
8. Vermögensgegenstände bei Savigny und Wächter	13
9. Ein Verlust für die <i>lex rei sitae</i> : Das Nationalitätsprinzip des 19. Jahrhunderts	14
10. Rückkehr der <i>lex rei sitae</i>	16
11. Überschaubare Diskussionstradition des internationalen Sachenrechts – ein historischer Zwischenbefund	17
II. Notwendigkeit einer Vereinheitlichung.....	18
1. Keine Einheitlichkeit des internationalen Sachenrechts in Europa	18
2. Gründe für die Vereinheitlichung	20
a) Allgemeine Vereinheitlichungsvorzüge.....	21
b) Besondere Bedrängnis des internationalen Sachenrechts	21
3. Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des internationalen Sachenrechts (Zusammenfassung)	22
III. Unionsrechtliche Voraussetzungen für eine Vereinheitlichung.....	23
1. Kompetenz	23
2. Bedeutung des Art. 345 AEUV.....	23

3. Möglichkeit eines vereinheitlichten internationalen Sachenrechts (Zusammenfassung)	27
IV. Anwendungsbereich eines internationalen „Sachenrechts“ der Europäischen Union	28
1. „Sachen“ in den europäischen Mitgliedstaaten	28
2. Bezugspunkt eines europäischen internationalen „Sachenrechts“	32
V. Gang der Darstellung	33

Zweiter Teil: Konzeption

§ 2 *Abstraktion vom Recht der Sachen zum Phänomen der Dinglichkeit*

I. Rechtsakt nur für körperliche Gegenstände?	34
1. Entmaterialisierung des Vermögens	35
2. Gleiches kollisionsrechtlich einheitlich regeln: Der Güterzuordnungsmechanismus	38
a) Einheitliche Behandlung abgrenzbarer Gesamtsysteme	39
b) Güterzuordnung: Einheitlichkeit des Gesamtsystems der Vermögensgegenstände	40
aa) Konstruktive Vergleichbarkeit: Zuordenbarkeit	41
bb) Funktionale Vergleichbarkeit: Drittwirkung	44
3. Fazit: Keine Beschränkung auf bestimmte Vermögensgegenstände	51
II. Kollisionsrecht für das Phänomen der „Dinglichkeit“	52
1. „Gegenstandsbasierte Güterzuordnung“ – ein geeigneter sachenrechtlicher Anknüpfungsgegenstand	53
2. Die „sachenrechtliche“ Lücke im europäischen internationalen Vermögensrecht	56
3. Dinglichkeit als tauglicher kollisionsrechtlicher Begriff	57
4. Zielsetzung	60

§ 3 *Europäischer Dinglichkeitsbegriff – Spurensuche nach Konturen eines Systembegriffs im aktuellen Vereinheitlichungsstand*

I. Dinglichkeit in der europäischen Rechtssprache	62
1. Europäisches Primärrecht	62
2. Europäisches Sekundärrecht	63
a) Verordnungen	63
aa) Besondere Bedeutung dinglicher Rechte	63
bb) Bezugsobjekte	64
cc) Arten dinglicher Rechte	67
dd) Dingliche Wirkung	69
(1) Erwägungsgründe der Rom I- und EuErbVO	70
(2) Art. 8 Abs. 2 EuInsVO	71

(3) Art. 8 Abs. 3 EuInsVO	74
(4) Vorrechtsstellung als besondere Drittwirkungsform	75
ee) Inhaberschaft	76
ff) Rechtspolitischer Entscheidungsspielraum für die Mitgliedstaaten	76
gg) Der Dinglichkeitsbegriff der europäischen Verordnungen (Zusammenfassung)	77
b) Dinglichkeit im Verordnungsvorschlag COM(2018) 96 final	78
aa) Zielsetzung des Verordnungsvorschlags	78
bb) „Dritte“ im Sinne der Drittwirkung	79
(1) Art. 2 lit. e) des Verordnungsvorschlags	79
(2) Erwgr. 15 des Verordnungsvorschlags	82
cc) Drittwirkung und Dinglichkeit im Kollisionsrecht der Forderungsübertragung	84
c) Richtlinien	86
d) Der Dinglichkeitsbegriff der europäischen Sekundärrechtsakte (Zwischenergebnis)	89
3. „Dinglichkeit“ in der Rechtsprechung des EuGH	89
a) Ständige Rechtsprechung zu Art. 24 Nr. 1 Brüssel Ia-VO	89
aa) Unionsautonome Begriffsbestimmung	90
bb) Vorrechtsstellung durch dingliche Rechte	91
cc) Wirkung dinglicher Rechte in Abgrenzung zu persönlichen Rechten	92
(1) Dinglichkeitsbegriff in <i>Weber</i> im Vergleich zu Art. 8 EuInsVO	94
(2) Dinglichkeitsbegriff in <i>Ellmes Property Services</i> und <i>ČEZ</i>	95
(3) Dinglichkeitskonzept nach <i>Milivojević</i>	100
dd) Dingliche Rechte in Art. 24 Nr. 1 Brüssel Ia-VO (Zusammenfassung)	102
b) Dinglichkeit im Rahmen der EuInsVO: <i>SCI Senior Home</i>	102
c) Dingliche Rechte in der Rechtsnachfolge von Todes wegen: <i>Kubicka</i>	106
d) Dinglichkeit in der EuGH-Rechtsprechung (Zusammenfassung)	108
II. Ein europäischer Dinglichkeitsbegriff als Grundlage des internationalen „Sachenrechts“	109
1. Europäischer Dinglichkeitsbegriff (Zusammenfassung)	109
2. Dinglichkeitsbegriff dieser Arbeit (Reprise)	110
3. Dinglichkeitsbegriff eines vereinheitlichten internationalen „Sachenrechts“ (Synthese)	111

§ 4 Vermögensgegenstände unter dem Systembegriff „Dinglichkeit“ – Probelauf zum Umfang eines internationalen „Sachenrechts“	113
I. Körperliche Gegenstände	114
1. Unbewegliche körperliche Gegenstände als Rechtsobjekte	114
2. Bewegliche körperliche Gegenstände als Rechtsobjekte	116
3. Das „ausgehöhlte Vollrecht“ an körperlichen Gegenständen.....	117
4. Zuordnung im Falle beschränkter dinglicher Rechte an körperlichen Gegenständen.....	118
5. Vermögenszuordnung körperlicher Mobilien durch drittwirksame Befugnisse	121
6. Körperliche Gegenstände unter dem Systembegriff der Dinglichkeit (Zusammenfassung)	123
II. Unkörperliche Gegenstände	123
1. Forderungen	124
a) Die Forderung im dreidimensionalen Raum des Sachenrechts....	124
b) Subjekt-Objekt-Beziehung der Forderung	126
c) „Eigentum an einer Forderung“?	127
d) Der europäische Blick auf das „Forderungseigentum“	131
e) Die Forderung in der dinglichen Vermögenszuordnung (Zusammenfassung)	132
2. Andere Rechte	133
a) Rechte <i>inter partes</i>	133
b) Dingliche Rechte als Vermögensgegenstand	134
c) Rechte als Vermögensgegenstände (Zusammenfassung)	136
3. Immaterialgüter	137
a) Immaterialgüter als Rechtsobjekte.....	138
b) Zuordnungsmechanismus	142
c) Immaterialgüter als Vermögensgegenstände (Zusammenfassung)	145
4. Daten	146
5. Token	150
6. Persönlichkeitsgüter.....	151
7. Unkörperliche Gegenstände unter dem Systembegriff der Dinglichkeit (Zusammenfassung)	153
III. Einheitlicher Systembegriff für die Privatbindung aller Vermögensgegenstände.....	153
§ 5 Der Begriff des Dinglichen neben anderen Systembegriffen des europäischen IPR – Abgrenzung der vermögensbezogenen Statute	157
I. Vorüberlegungen	158
1. Qualifikationsmethodik	158
2. Interessenlage	160

a)	Internationalprivatrechtliche Interessen	161
b)	Sachrechtliche Interessen	162
aa)	Parteiinteresse	163
bb)	Verkehrsinteresse	163
cc)	Ordnungsinteresse	164
II.	Abgrenzung der Systembegriffe	165
1.	Rom I-VO: Vertragliche Schuldverhältnisse	165
a)	Forderungsabtretung	167
b)	IPR der Forderungsabtretung – Prototyp für den rechtsgeschäftlichen Zweiterwerb dinglicher Rechte?	169
aa)	Europäische Modelle des rechtsgeschäftlichen Erwerbs dinglicher Rechte	171
(1)	Einaktige Erwerbsmodi	172
(2)	Zweiaktige Erwerbsmodi	173
(3)	Dreiaktige Erwerbsmodi	178
(4)	Berechtigung	179
bb)	Funktionale Gemeinsamkeiten	180
(1)	Berechtigung	180
(2)	Konsens	180
(3)	Sachenrechtliches Zusatzelement	182
cc)	Qualifikation	185
(1)	Voraussetzungen	187
(a)	Berechtigung	187
(b)	Konsens auf pflichthaltiger Ebene <i>de lege lata</i>	188
(c)	Konsens auf pflichtfreier Ebene <i>de lege lata</i>	190
(d)	Konsens <i>de lege ferenda</i>	191
i.	Keine Änderung des <i>status quo</i>	191
ii.	Unterschiedslose Regelung des Einigungselements in der Dinglichkeitsverordnung	192
iii.	Regelung nur der dinglichen Einigung in der Dinglichkeitsverordnung	193
iv.	Unterschiedslose Regelung des Einigungselements in der Rom I-VO	194
v.	Einigungselement <i>de lege ferenda</i> (Zusammenfassung)	197
(e)	Zusatzelement	197
(f)	Qualifikation auf Voraussetzungsseite (Zusammenfassung)	200
(2)	Wirkungen	201
(a)	Drittwirksamkeit des Rechtsübergangs	201
(b)	Rechtsübergang <i>inter partes</i>	204
(c)	Qualifikation auf Wirkungsseite (Zusammenfassung)	207

dd) IPR des rechtsgeschäftlichen Zweiterwerbs dinglicher Rechte (Zusammenfassung)	208
c) IPR des rechtsgeschäftlichen Ersterwerbs dinglicher Rechte	209
d) Dinglichkeit und vertragliche Schuldverhältnisse (Zusammenfassung)	211
2. Rom II-VO: Außervertragliche Schuldverhältnisse	212
a) Deliktischer Schadensersatz wegen Verletzung dinglicher Rechte	213
b) „Sachenrechtliche“ Herausgabe-, Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	216
aa) Herausgabeansprüche aus dinglichen Rechten: Vindikation	219
(1) Voraussetzungsdiene	220
(2) Verjährbarkeit	221
(3) Zeitmoment	221
(4) Vollstreckungsrechtliche Wirkung	222
(5) Fehlende subjektive Individualisierung	224
(6) Zustandsabhängige Legitimation	226
(7) Funktion der Vindikation	227
(8) Kollisionsrechtliche Folgen	228
bb) Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche aus dinglichem Recht: <i>actio negatoria</i>	229
c) Sonstige dingliche Ansprüche	235
d) Insbesondere: Immaterialgüter zwischen Dinglichkeit und außervertraglicher Haftung	237
aa) Haftung für den Eingriff in Immaterialgüterrechte	237
bb) Dingliche Ansprüche im Immaterialgüterrecht	242
(1) Immaterialgüterrechtliche Haftung	242
(2) Patentvindikation	243
e) Dinglichkeit und außervertragliche Schuldverhältnisse (Zusammenfassung)	246
3. EuErbVO: Rechtsnachfolge von Todes wegen	247
a) Kodifikatorischer Rahmen	248
b) Nachlassverteilung durch relative Rechte	249
aa) Anordnung und Rechtsfolgen der Anordnung	250
bb) Vollzug	251
cc) Kollisionsrecht der Nachlassverteilung durch relative Rechte (Zusammenfassung)	255
c) Nachlassverteilung durch unmittelbare Änderung der gegenstandsbasierten Güterzuordnung	256
aa) Grundsatz: Vorrang des Erbstatuts	257
bb) Ausnahme: Registrierte Vermögensgegenstände	261
d) Dinglichkeit und Rechtsnachfolge von Todes wegen (Zusammenfassung)	266

4. EuGüVO/EuPartVO: Güterstände.....	266
a) Anpassung unbekannter dinglicher Rechte	269
b) Vermögensverteilung zu Beginn des Güterstandes	269
c) Gewillkürte Vermögensumverteilung während des Güterstandes	272
d) Erwerbsbeziehungen der Ehegatten oder Lebenspartner zu Dritten	273
aa) Erwerb durch Ehegatten oder Lebenspartner	274
bb) Erwerb vom Ehegatten oder Lebenspartner	275
e) Vermögensverteilung bei Beendigung des Güterstandes.....	276
aa) Vermögensverteilung durch unmittelbare Änderung der gegenstandsasierten Güterzuordnung	277
bb) Vermögensverteilung durch nachgelagerte Auseinandersetzungsakte	278
cc) Vermögensverteilung bei Beendigung des Güterstandes im Vergleich zur Nachlassverteilung	279
f) Dinglichkeit und Güterstände (Zusammenfassung)	280
5. EuInsVO: Insolvenzverfahren.....	280
III. Der eigene Anwendungsbereich eines vereinheitlichten internationalen „Sachenrechts“	282
1. Vermögensgegenstände jeder Art	282
2. Art der dinglichen Rechte	283
3. Inhaberschaft	284
4. Erwerb dinglicher Rechte	284
a) Ersterwerb	285
b) Zweiterwerb	286
c) Gutgläubiger Erwerb	286
5. Registerrecht.....	288
6. Schutz dinglicher Rechte	289
7. Exkurs: Anpassung	289
 § 6 Normtextvorschlag – Zugleich eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	290
I. Anwendungsbereich	290
II. Begriffsbestimmungen	291
III. Reichweite des anzuwendenden Rechts.....	292
 Dritter Teil: Umsetzung	293
 § 7 Anknüpfungsmoment	293
I. <i>Lex rei sitae</i>	293

II. Anknüpfung des Dinglichkeitsstatutes: Abstraktion der Belegenheit.....	294
1. Vorbildfunktion des Art. 2 Nr. 9 EuInsVO	296
2. Konkretisierung der Belegenheit.....	297
a) Registrierte Gegenstände.....	297
b) Körperliche Gegenstände	299
c) Forderungen	299
d) Immaterialgüterrechte	300
e) Daten, Digitalgüter und sonstige Vermögensgegenstände	302
III. Anknüpfungsmomente in einem einheitlichen Kollisionsrecht der Dinglichkeit (Zusammenfassung).....	303
 Zusammenfassung in Thesen.....	305
 Literaturverzeichnis.....	307
Sachregister.....	335

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	Andere Ansicht
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäische Union
Anm.	Anmerkung
Arch. phil. droit	Archives de philosophie du droit (Daloz)
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BeckOGK	beck-online.Grosskommentar
BeckOK BGB	Beck'scher Online-Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch
BeckOK InsO	Beck'scher Online-Kommentar Insolvenzordnung
BeckOK MarkenR	Beck'scher Online-Kommentar Markenrecht
BeckOK PatR	Beck'scher Online-Kommentar Patentrecht
Beck-RS	Beck-Rechtsprechung
Begr./begr.	Begründer/begründet
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BKR	Zeitschrift für Bank und Kapitalmarktrecht
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handels-sachen
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Brüssel Ia-VO)
BT-Drs.	Bundestagsdrucksachen
bulg. FGB	Семеен кодекс (bulgarisches Familiengesetzbuch)
bulg. IPRG	Кодекс на международното частно право (bulgarisches IPR-Gesetz)
B.U.L. Rev.	Boston University Law Review
Buschs Arch	(Buschs) Archiv für Theorie und Praxis des Allgemeinen Deutschen Handels- und Wechselrechts
BW	Burgerlijk Wetboek
bzw.	beziehungsweise
CBPI	Convention Benelux en matière de propriété intellectuelle
CCII	Codice della crisi d'impresa e dell'insolvenza
CCom	Code de commerce

Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
CR	Computer und Recht
DCFR	Draft Common Frame of Reference
DesignG	Designgesetz
Digitale Inhalte-RL	Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DRWiss	Deutsche Rechtswissenschaft
DSGVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)
ebd.	ebenda
Ed.	Editor(s)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EG-Finanzsicherheiten-RL	Richtlinie 2002/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten
EGKS-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELR	European Law Reporter
EPeWVO	Verordnung (EU) Nr. 1257/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2012 über die Umsetzung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes
EPGÜ	Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht
EPLJ	European Property Law Journal
EPO	European Patent Office
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
ErbbauRG	Erbbaurechtsgesetz
ERCL	European Review of Contract Law
Erwgr.	Erwägungsgrund
estn. EigentumsG	Asjaõigusseadus vastu võetud 09.06.1993 (estnisches Eigentumsgesetz)
estn. GBG	Kinnistusraamatusseadus vastu võetud 15.09.1993 (estnisches Grundbuchgesetz)
estn. IPRG	Rahvusvahelise eraõiguse seadus, vastu võetud 27.03.2002 (estnisches IPR-Gesetz)
estn. ZGB AT	Tsiviilseadustiku üldosa seadus Vastu võetud 27.03.2002 (estnisches Zivilgesetzbuch Allgemeiner Teil)
estn. ZGB SR	Võlaõigusseadus vastu võetud 26.09.2001 (estnisches Schuldrechtsgesetz)
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands
EuGVÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuInsVO	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren
EuInsVO 2000	Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren
EuPartVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften
EuR	Zeitschrift Europarecht
Eur Law J	European Law Journal
Eur. Rev. Priv. Law	European Review of Private Law
EuUntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
f. / ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
Finalitäts-RL	Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen
Fn.	Fußnote
fortg.	fortgeführt
franz. CC	Code civil
franz. CPI	Code de la propriété intellectuelle
FS	Festschrift
GBG	Bundesgesetz vom 2. Feber 1955 über die Grundbücher (Allgemeines Grundbuchsgesetz 1955)
GBO	Grundbuchordnung
GEDIP	Groupe européen de droit international privé
Geheimnisschutz-RL	Richtlinie (EU) 2016/943 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung
Gesamthrsrg.	Gesamtherausgeber
GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
GGV	Verordnung (EG) Nr. 6/2002 des Rates vom 12. Dezember 2001 über das Gemeinschaftsgeschmacksmuster
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
griech. ZGB	Αστικός Κώδικας (griechisches Zivilgesetzbuch)
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht

GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht international
GRUR Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GRUR-RS	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Rechtsprechungssammlung
Harv L Rev	Harvard Law Review
Hrsg.	Herausgeber
IILR	International Insolvency Law Review
IJATM	International Journal of Automotive Technology and Management
IJRM	International Journal of Research and Marketing
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
ital. CC	Codice civile
ital. CPI	Codice della proprietà industriale
ital. IPRG	Legge 31 maggio 1995, n. 218 – Riforma del sistema italiano di diritto internazionale privato (italienisches IPR-Gesetz)
ital. UrhG	Legge 22 aprile 1941, n. 633 sul diritto d'autore (italienisches Urheberrechtsgesetz)
IWRZ	Zeitschrift für Internationales Wirtschaftsrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBF	Journal of Banking and Finance
JBL	Juristische Blätter
J.D.I.	Journal du droit international privé
Jherings Jb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
J Intell Prop L	Journal of Intellectual Property Law
JPIL	Journal of Private International Law
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
kroat. IPRG	Zakon o međunarodnom privatnom pravu (kroatisches IPR-Gesetz)
KTS	Zeitschrift für Insolvenzrecht
K&R	Kommunikation und Recht
lett. ZGB	Civillikums (lettisches Zivilgesetzbuch)
lib.	libera
lit.	littera
lit. ZGB	Lietuvos Respublikos Civilinis Kodeksas (litauisches Zivilgesetzbuch)
LMK	Lindenmaier-Möhring – Kommentierte BGH-Rechtsprechung
LPI	Ley de propiedad intelectual
LSE	Ley 1/2019 de 20 de febrero de Secretos Empresariales
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 30. Oktober 2007
malt. CC	Kodiċi Ċivili (maltesisches Zivilgesetzbuch)
m.Anm.	mit Anmerkung
MarkenG	Markengesetz
Marken-RL	Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken (Neufassung)
MarkenSchG	Markenschutzgesetz 1970

Mitt.	Mitteilungen der deutschen Patentanwälte
MMR	Multimedia und Recht
Mot.	Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKoFamFG	Münchener Kommentar zum FamFG
MüKoInsO	Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung
MüKoZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
MuSchG	Bundesgesetz vom 7. Juni 1990 über den Schutz von Mustern mit weiteren Nennungen
m.w.N.	
NIPR	Nederlands Internationaal Privaatrecht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
nl. PatG	Rijksoctrooiwet 1995 (niederländisches Patentgesetz)
Nr.	Nummer
NYU L Rev	New York University Law Review
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
öst. IO	Bundesgesetz über das Insolvenzverfahren (österreichische Insolvenzordnung)
öst. IPRG	Bundesgesetz vom 15. Juni 1978 über das internationale Privatrecht (österreichisches IPR-Gesetz)
öst. PatG	Patentgesetz 1970 (österreichisches Patentgesetz)
öst. UrhG	Bundesgesetz über das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Kunst und über verwandte Schutzrechte (österreichisches Urheberrechtsgesetz)
öst. UWG	Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984
OGH	Oberster Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
OTC-Derivate-VO	Verordnung (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister
PatG	Patentgesetz
poln. GBHG	Ustawa z dnia 6 lipca 1982 r. o księgach wieczystych i hipotece (polnisches Grundbuch- und Hypothekengesetz)
poln. IPRG	Ustawa z dnia 4 lutego 2011 r.: Prawo prywatne międzynarodowe (polnisches IPR-Gesetz)
poln. ZGB	Ustawa z dnia 23 kwietnia 1964 r.: Kodeks cywilny (polnisches Zivilgesetzbuch)
port. CC	Código Civil Português
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RBÜ	Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst
RD <i>i</i>	Recht Digital
Rec. Cours	Recueil des Cours de l'Academie de Droit International de la Haye
Red.	Redaktor
RERCI	Review of Economic Research on Copyright Issues
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Riv. dir. civ.	Rivista di diritto civile
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RJ	Aranzadi Repertorio de Jurisprudencia

Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht
Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts
Rs.	Rechtssache
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil (Dalloz)
rumän. IPRG	Lege Nr. 105 din 22 septembrie 1992 cu privire la reglementarea raporturilor de drept internațional privat (rumänisches IPR-Gesetz)
S.	Seite
Sanierungs-RL	Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
slowak. IPRG	Zákon zo 4. decembra 196 o medzinárodnom práve súkromnom a procesnom (slowakisches IPR-Gesetz)
slowen. IPRG	Zakona o mednarodnem zasebnem pravu in postopku (slowenisches IPR-Gesetz)
Solvabilität II-RL	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit
Sortenschutz-VO	Verordnung (EG) Nr. 2100/94 des Rates vom 27. Juli 1994 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz
Sp.	Spalte
span. CC	Código Civil
span. DesignG	Ley 20/2003 de 7 de julio de Protección Jurídica del Diseño Industrial (spanisches Designgesetz)
span. MarkenG	Ley 17/2001 de 7 de diciembre de Marcas (spanisches Markengesetz)
span. PatG	Ley 24/2015 de 24 de julio de Patentes (spanisches Patentgesetz)
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
STS	Sentencia del tribunal supremo
SvJT	Svensk Juristtidning
Texas L Rev	Texas Law Review
TfR	Tidsskrift for Rettsvitenskap
tit.	titulus
TR	Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis / Revue d'histoire du droit / The Legal History Review
TS	Tribunal Supremo
tschech. IPRG	Zákon o mezinárodním právu soukromém, 91/2012 Sb. (tschechisches IPR-Gesetz).

tschech. MarkenG	Zákon o ochranných známkách, 441/2003 Sb. (tschechisches Markengesetz)
tschech. PatG	Zákon o vynálezech, průmyslových vzorech a zlepšovacích návrzích, 527/1990 Sb. (tschechisches Patentgesetz)
tschech. UrhG	Zákon o právu autorském, o právech souvisejících s právem autorským a o změně některých zákonů, 121/2000 Sb. (tschechisches Urheberrechtsgesetz)
tschech. ZGB	Zákon ze dne 3. února 2012 občanský zákoník, 89/2012 Sb. (tschechisches Zivilgesetzbuch)
u.a.	unter anderen / unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
UCLA L Rev	UCLA Law Review
UMV	Verordnung (EU) 2017/1001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 über die Unionsmarke
ungar. IPRG	2017. évi XXVIII. törvény a nemzetközi magánjogról (ungarisches IPR-Gesetz)
ungar. ZGB	2013. évi V. törvény a Polgári Törvénykönyvről (ungarisches Zivilgesetzbuch 2013)
U Pitt L Rev	University of Pittsburgh Law Review
UrhG	Urheberrechtsgesetz
Urt.	Urteil
v.	von / vom
vgl.	vergleiche
WM	Wertpapiermitteilungen Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
Yale L J	Yale Law Journal
YbPIL	Yearbook of Private International Law
z.B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht, internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte Germanistische Abteilung
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozessrecht

Erster Teil

Vorbereitung

§ 1 Einleitung: Die Sachenrechtslücke im europäischen IPR

Die Europäisierung des internationalen Privatrechts schreitet konstant fort, auch wenn der Unionsgesetzgeber in den vergangenen Jahren das Tempo etwas verringert hat. Zum Zweck des schrittweisen Ausbaus eines gemeinsamen Rechtsraums sieht das europäische Primärrecht im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen unter anderem die Förderung der Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen vor.¹ Um diesen Auftrag zu erfüllen, hält der Kanon der geltenden Verordnungen zur Regelung des anwendbaren Rechts bereits Normen für außervertragliche² und vertragliche³ Schuldverhältnisse, Unterhaltssachen,⁴ die Scheidung der Ehe,⁵ die Rechtsnachfolge von Todes wegen⁶ und die Insolvenz⁷ vor. Jüngst reihten sich

¹ Art. 67 Abs. 1, Art. 81 Abs. 1, 2 lit. c) Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) bzw. Art. 61 lit. c), Art. 65 lit. b) des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV).

² Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht (Rom II-VO).

³ Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht (Rom I-VO).

⁴ Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen (EuUntVO); wobei sich der Regelungsgehalt dieser Verordnung hinsichtlich des anwendbaren Rechts auf einen Verweis auf das Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht beschränkt, Art. 15 EuUntVO.

⁵ Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts (Rom III-VO).

⁶ Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses (EuErbVO).

⁷ Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren (EuInsVO).

Kollisionsnormen für Fragen des ehelichen Güterstands⁸ sowie der güterrechtlichen Wirkung eingetragener Partnerschaften⁹ ein, während sich eine Verordnung für die internationalprivatrechtliche Behandlung der Drittwirkung von Forderungsübertragungen¹⁰ – ein bislang europäisch nicht geregeltes Thema¹¹ – in Vorbereitung befindet. Dabei versprechen europäisch einheitliche Kollisionsnormen durch Entscheidungseinklang Rechtssicherheit, Vorhersehbarkeit sowie hohe Anerkennungsfähigkeit mitgliedstaatlicher Gerichtsentscheidungen im innereuropäischen Ausland und fördern damit letztlich die Idee eines reibungslos funktionierenden Binnenmarktes mit dessen auch überökonomischer¹² Bedeutung.¹³ So verwundert es auch nicht, wenn die EU-Justizagenda für 2020¹⁴ kollisionsrechtliche Kodifikationsbemühungen¹⁵ als bedeutendes Mittel identifiziert, um das dort ausgegebene Ziel zu erreichen, dass „Justiz und Bürgerrechte [...] im Jahr 2020 auf keinerlei Grenzen innerhalb der EU mehr stoßen“¹⁶.

Aus dem kollisionsrechtlichen Meer möglicher Anknüpfungsgegenstände erheben sich mit den genannten Verordnungen bereits legislatorische Inseln von beachtlicher Fläche, während insbesondere dazwischen liegende Gewässer, die mehrere der gesetzgeberisch bedachten Lebensbereiche umspülen, noch nicht oder nur sehr eingeschränkt durch europäische Regelungen zum internationalen Privatrecht erschlossen sind.¹⁷ Ein bislang durch den

⁸ Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands (EuGüVO).

⁹ Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften (EuPartVO).

¹⁰ Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates über das auf die Drittwirkung von Forderungsübertragungen anzuwendende Recht, COM(2018) 96 final.

¹¹ EuGH Urt. v. 9.10.2019 – C-548/18 (= NJW 2019, 3368) – *BGL BNP Paribas SA*.

¹² *Weatherill*, S. 24 f., 233.

¹³ Erwgr. 6 Rom I-VO; Erwgr. 6 Rom II-VO; Erwgr. 9, 10 EuUntVO; Erwgr. 9, 15, 29 Rom III-VO; Erwgr. 7, 37 EuErbVO; Erwgr. 3 EuInsVO; Erwgr. 15, 36, 43, 72 EuGüVO; Erwgr. 15, 37, 42, 70 EuPartVO; zur ökonomischen Relevanz des Internationalen Privatrechts *Rühl*, S. 39–79.

¹⁴ Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Die EU-Justizagenda für 2020 – Stärkung von Vertrauen, Mobilität und Wachstum in der Union, COM/2014/0144 final.

¹⁵ COM/2014/0144 final, Ziff. 4.2.

¹⁶ COM/2014/0144 final, Ziff. 5.

¹⁷ Neben der durch das Dissertationsvorhaben adressierten Dinglichkeit sei beispielsweise ein europäisches internationales Gesellschaftsrecht genannt. Hierzu etwa *L. Hübner*,

europäischen Gesetzgeber nur marginal kollisionsrechtlich bedachter Bereich ist so auch das internationale Sachenrecht. Obwohl diese Lücke des vereinheitlichten Kollisionsrechts schon seit längerer Zeit benannt ist,¹⁸ sind bisher auf europäischer Ebene keine konkreten Bemühungen erkennbar, eine europäische Sachenrechtsverordnung zu schaffen.¹⁹

Diese Arbeit wird sich im Folgenden (§ 1 I.–IV.) zunächst mit den Gründen für das Fehlen eines europäischen Rechtsaktes für das internationale Sachenrecht beschäftigen, um so Vereinheitlichungshindernisse zu identifizieren. Hierbei wird auffallen, dass die intuitive Vorstellung vom Sachenrecht als Recht der Sachen die Kollisionsrechtsvereinheitlichung lähmt. Daher wird die Arbeit einen anderen, internationalprivatrechtlich motivierten Blick auf das Sachenrecht suchen, der einen für die weitere Kollisionsrechtsvereinheitlichung in Europa geeigneten Anknüpfungsgegenstand finden soll.

I. Eine kurze Geschichte des internationalen Sachenrechts in Europa

Die Vereinheitlichung des internationalen Sachenrechts dürfte jedenfalls nicht an einem Mangel an Diskussionstradition scheitern. Diese reicht in Europa nämlich jedenfalls bis in das erste nachchristliche Jahrhundert zurück, jedenfalls soweit Grund und Boden betroffen ist.

1. Vermögensgegenstände in der Antike

Auch wenn die Frage, ob das antike römische Recht ein System des internationalen Privatrechts in unserem heutigen Verständnis kannte, bis heute ungeklärt ist,²⁰ so ergab sich die (zumindest unbewusste) Anwendung von Rechtskollisionsregeln auch in Bezug auf Vermögensgegenstände spätestens, als im expandierten römischen Reich zwischen römischen Bürgern (*cives romani*) und anderen, die unter der Herrschaft des römischen Volkes stehen (*alii homines, qui sub imperio populi romani sunt*),²¹ unterschieden wurde und Letztere ihre eigenen Rechtstraditionen und Normen in das provinzielle Leben einbrachten. Als Beispiel kann die in den *Digesten* Scaevolae²² angedeutete Praxis dienen, an Grundstücken in den östlichen Provinzen dem Belegenheitsrecht folgend selbst dann anstelle römischer Verkaufspfandrechte griechisch-

ZGR 2018, 149; ein europäisches internationales Gesellschaftsrecht fordern u.a. *Gerner-Beuerle/Mucciarelli/Schuster/Siems*, S. 349; *Mansel/Thorn/Wagner*, IPRax 2019, 85 (94); sowie *Kieninger*, ZEuP 2018, 309 (310, 319).

¹⁸ *Kramer* (2012), S. 5, 9, 11; *Kramer* (2014), S. 77, 102.

¹⁹ *Kieninger*, FS Coester-Waltjen, S. 469; *Martiny*, IPRax 2012, 119 (124); *Staudinger/Mansel* (2015), Art. 43 EGBGB, Rn. 212.

²⁰ Zum diesbezüglichen Forschungsstand und einem historischen Überblick über die Diskussion *Majer*, S. 3 ff.

²¹ Gai. 1, 53; zitiert aus *Manthe*, S. 54.

²² Scaev. 7 dig. (= § 4 18,1,81 pr.).

hellenistische Pfandrechte mit Verfallsklausel zu bestellen, wenn alle Beteiligten römische Bürger waren.²³

2. Internationales Sachenrecht in der Entwicklung von der Personalität zur Territorialität

Mit Beginn der Völkerwanderung in Europa bildete sich dann das Rechtsgeltungsprinzip der Personalität²⁴ aus, das weit über die Blüte des fränkischen Reichs, vereinzelt bis in das Hochmittelalter²⁵ hinein Anwendung findet. Hier-nach folgt – soweit sich neben den gemeinsamen Rechtssätzen²⁶ eine Kollision ergibt – das anwendbare Recht der Stammeszugehörigkeit des Rechtssubjekts ohne Einfluss des räumlichen Bezugs eines Tatbestandes. Der Langobarde untersteht langobardischen, der Salier salischen, der Alamanne alamannischen, der Bajuware bajuwarischen Rechtssätzen, ohne dass territoriale Aspekte eine Rolle spielen würden. Dass dieses Prinzip zuweilen – und vor allem in Bezug auf Grundbesitz – wenig interessengerecht, vielleicht auch kontraintuitiv erschien, belegen insbesondere vertragliche Abreden²⁷ aus dieser Zeit.²⁸

Wo sich aber die Menschen verschiedener Stammeszugehörigkeit zusammenfanden und in regen sozialen und wirtschaftlichen Austausch traten, insbesondere also in den großen Städten, die sich im europäischen Raum als Zentren des öffentlichen wie privaten Lebens entwickelten, dort verloren die personal geltenden Rechte an Bedeutung.²⁹ Gleichsam wuchs das Bedürfnis, die Angelegenheiten der Stadtbewohner einheitlichen Regeln zu unterwerfen, also territorial geltende Normen zur Anwendung zu bringen.³⁰ Für die alltäglichen Rechtsstreitigkeiten, deren Beziehungen sich auf das Stadtgebiet beschränkten, war mit dem Abschied von dem Personalprinzip die Rechtskollision überhaupt beseitigt. Die Frage, nach welchem Recht eine Streitigkeit zu entscheiden ist, stellte sich nur mehr dort, wo durch zwischenstädtischen Handel und sonstigen Austausch Anknüpfungspunkte zu mehreren Ortsrechten entstanden. In diesen Fällen wendete die Rechtspraxis des beginnenden zweiten Jahrtausends mal in

²³ Schanbacher, TR 70 (2002), 251, 261 ff.; Majer, S. 89.

²⁴ Neumeyer I, S. 5–13.

²⁵ Zu Einzelnachweisen bis 1435 siehe Neumeyer I, S. 167.

²⁶ Hierzu Neumeyer I, S. 141 und 146.

²⁷ So zum Beispiel zwei erhaltene Pachtverträge über Grundbesitz im toskanischen Roselle aus dem Jahr 772, in denen der aus Chiusi stammende Verpächter sich für bestimmte Fälle zu einem Ausgleich „secundum usu loci istius Rosell“ verpflichtet (zitiert nach Troya, Nr. 951 Rn. 14 f. (S. 636) und Nr. 952 Rn. 11 f. (S. 638)).

²⁸ Gutzwiller (S. 8) geht sogar davon aus, dass „das besondere Liegenschaftsrecht [...] die Personalität der Rechtsnormen [bricht]“ und scheint dies als allgemeinen Grundsatz formulieren zu wollen.

²⁹ Neumeyer I, S. 145 f.; Gutzwiller S. 9 f.

³⁰ Ebd.

unreflektierter Selbstverständlichkeit,³¹ mal aufgrund hoheitsvertraglicher Kodifikation³² das Prinzip der *lex fori an*.³³ Der Richter entschied den an ihn herangetragenen Rechtsstreit nach den Regeln, die am Ort seines Wirkens galten. Unter der Geltung dieser Kollisionsregel, die das anwendbare Recht der Zuständigkeit des Richters folgen lässt, traten keine Bemühungen auf, Sonderregeln für vermögensgegenstandsbezogene Rechtsverhältnisse zu finden, wie sie mit der Anknüpfung an den Belegenheitsort bei Grundstücken unter Geltung des Personalitätsprinzips gefunden worden sind³⁴. Denn aus rein tatsächlichen Gründen dürften jedenfalls Streitigkeiten um ein Grundstück ohnehin an dessen Belegenheitsort entschieden worden sein und damit das Ortsrecht des entscheidenden Richters Anwendung gefunden haben. Hinsichtlich sonstiger Vermögensgegenstände fehlt aus dieser Zeit ein Nachweis über eine besondere Rechtsanwendungsregel oder auch nur eines Gerichtsstandes³⁵, der über den *lex fori*-Grundsatz zur Anwendbarkeit etwa des Belegenheitsrechtes führen würde.³⁶ Vermögensgegenstände hatten in dieser Zeit keine kollisionsrechtliche Sonderstellung.

3. Differenzierung des Kollisionsrechts nach 1200

Eine Abkehr von diesem auf den gesamten³⁷ Rechtsstreit bezogenen Rechtsanwendungsbefehl ermöglichte erst die durch Jacobus Balduini³⁸ in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts begründete³⁹ Unterscheidung des Verfahrensrechts (*litis ordinario*) von dem materiellen Recht (*litis decisio*).⁴⁰ Erst durch diese Trennung konnte die Anwendung der *lex fori* auf das Prozessrecht beschränkt werden, während hinsichtlich des auf materielle Fragen anwendbaren Rechts

³¹ Gutzwiller, S. 12.

³² Als Beispiele wird auf die Auflistung der Verträge zwischen ober- und mittelitalienischen Städten bei Neumeyer II S. 4 Fn. 1 verwiesen.

³³ Neumeyer II, S. 2–12.

³⁴ Oben § 1 Fn. 27.

³⁵ Zur späteren Entwicklung des Gerichtsstandes der Belegenheit siehe Neumeyer II, S. 37 mit Fn. 2; Wächter, AcP 24 (1841), 230 (250) Fn. 41 sowie Savigny, S. 169 f.

³⁶ So stellt auch Neumeyer II, S. 41 den Umstand, dass bei Entscheidungen im Bereich des Mobiliarsachenrechts oftmals das Stadtrecht am Belegenheitsort der Sache zur Anwendung kam, eher als Zufall dar.

Eine Auflockerung des strengen Grundsatzes, stets die *lex fori* zur Anwendung zu bringen, findet sich am Ende des hier besprochenen Zeitraumes jedenfalls in eingeschränktem Umfang aber bei den Kanonisten, die vereinzelt das Recht der Belegenheit zur Anwendung berufen möchten (hierzu Neumeyer II, S. 141–144).

³⁷ Neumeyer II, S. 13–15.

³⁸ Zu dessen Werk und Vita siehe Herm. Lange, S. 268–293.

³⁹ Neumeyer II, S. 85 f.

⁴⁰ Gutzwiller, S. 13.

die Tür für ein differenziertes System kollisionsrechtlicher Regelungen geöffnet wurde. Dieses revolutionäre Verständnis, das bis heute breiteste Durchsetzungskraft besitzt, wurde bald darauf genutzt, um Kollisionsregeln für das auf materiellrechtliche Aspekte anwendbare Recht im Spannungsfeld zwischen personal und territorial geltenden Normen zu entwickeln. Im Fall einer Rechtskollision oblag nun dem Richter die Entscheidung, die Anwendung welchen „Rechts“ (*consuetudo*) „besser und tauglicher erscheint“ (*potior et utilior videtur*).⁴¹ Für immobilarsachenrechtliche Fragen findet sich hierbei in der italienischen Jurisprudenz von Beginn an wie selbstverständlich die Regel, dass das Recht des Belegenheitsortes der Sache Anwendung findet.⁴² Zur selben Zeit war die *consuetudo terrae* auch in der französischen Rechtsprechung bereits weit verbreitet.⁴³ Das Prinzip besagt, dass jenseits von Delikt und Vertrag über die Rechtsbeziehung in Bezug auf Vermögensgegenstände das Recht deren Belegenheit entscheidet. Von dem *Échiquier de Normandie* und der *cour de parlement* zunächst in erbrechtlichen Kollisionsfragen angewendet, entwickelte sich die *consuetudo terrae* bald zu einer umfassenden und unserem heutigen Verständnis eines kollisionsrechtlichen Realstatuts nicht unähnlichen Regel zur Anknüpfung der Unterscheidung von Sachen in beweglich und unbeweglich, des Eigentumserwerbsmodus, der Vermögenssorge für Minderjährige, der Haftung mit Immobilienvermögen und des ehelichen Güterrechts an das Recht der Belegenheit des jeweiligen (wiederum unbeweglichen) Vermögensgegenstandes.⁴⁴ In diese Entwicklung fügen sich auch Bestimmungen aus dem deutschen Sachsenspiegel ein, etwa wenn es dort heißt, dass „[d]er Koning [...] auch richten [sol] um eigen nicht na des mannes rechte, wan na des landes, da iz inne liget“⁴⁵.

Vor dem Hintergrund dieser stillen Einigkeit hinsichtlich der Frage des auf Sachen anwendbaren Rechts verwundert es nur wenig, wenn die ersten europäischen Versuche einer Systematisierung des Kollisionsrechts Fragen des Sachenrechts alternativlos dem Recht des Belegenheitsortes unterstellten. So führt Bartolus de Saxoferrato⁴⁶ in seinem Kommentar zum *Codex Iustinianus* nach der Beschäftigung mit Verträgen, Delikten und Testamenten knapp aus:

⁴¹ Neumeyer II, S. 66 f.

⁴² So beispielhaft Albericus de Rosate (ca. 1290 – 1360): „[...] servetur statutum, ubi res sita est“ (Commentarius de statutis I, quaestio XXI; zitiert nach § 5 Lorenz, S. 15).

⁴³ Meijers, S. 53.

⁴⁴ Meijers, S. 53–71 mit Aufzählung der Anknüpfungsgegenstände auf S. 57 f. und einer Analyse von Gründen und Entwicklung der Verbreitung der Regel auf den Seiten 58–71.

⁴⁵ III 33 § 5; Übersetzung von Kaller, S. 112: „Der König soll auch über Eigen nicht nach des Mannes Recht richten, sondern nach des Landes, darin es liegt.“

⁴⁶ Zu dessen Biographie und Bedeutung siehe Lepsius, Sp. 450–453.

„Breviter cum est quaestio de aliquo iure descendente ex re ipsa debet servari consuetudo vel statutum loci ubi res est.“⁴⁷

Es ist auch Bartolus, der in seiner Besprechung der *quaestio anglicae*⁴⁸ bereits die später unter dem Stichwort der Statuten viel diskutierte Unterscheidung in solche Normen, die eine Sache betreffen, und solche, die die Person betreffen, anlegt.⁴⁹

4. Erste Zweifel an der Alleingültigkeit des Belegenheitsrechts

Die dem Bartolus nachfolgenden Rechtsgelehrten rückten von der Unterwerfung der Sachenrechte unter die Regeln des Belegenheitsortes, von dieser „certissima usu observatio“⁵⁰, nicht mehr ab.⁵¹ Eine bemerkenswerte Ausnahme hierzu bildet Bartholomeus de Salyceto⁵². In seinem Kodexkommentar⁵³ zum Edikt „Cunctos Populos“⁵⁴ kommt er im Falle eines in der Heimat sterbenden Lucchesen, der sowohl in Lucca als auch in England Eigentum hat, zur Anwendbarkeit lucchesischen Rechts auf alle, auch die in England gelegenen Güter (*bona*), ob beweglich oder unbeweglich.⁵⁵ Die Anwendbarkeit englischen Rechts widerspräche dem erkennbaren Willen des Erblassers, der Lucca nicht verlassen habe und deshalb offenbar nach den dortigen Statuten beurteilt werden wolle. Neben dieser Betonung eines hypothetischen Rechtsanwendungswillens fällt in gleichem Zusammenhang ins Auge, dass der Autor nicht nur Mobilien und Immobilien unabhängig von deren Belegenheit einheitlich dem

⁴⁷ *de Saxoferrato*, lib. 1, tit. 1, 27. In deutscher Übersetzung: „Kurz gesagt, wenn es um ein Recht geht, das sich von der Sache selbst ableitet, dann sollte der Brauch oder das Gesetz desjenigen Ortes beachtet werden, an dem sich die Sache befindet.“

⁴⁸ Siehe hierzu *Gutzwiller*, S. 36.

⁴⁹ *de Saxoferrato*, lib. 1, tit. 1, 42. Baldus spricht in Fortsetzung dieser Lehre dann bereits explizit von der Unterscheidung in „statuta personalia“ und „statuta realia“, vgl. *Gutzwiller*, S. 46, aber auch dessen Memento, die systematische Einteilung in reale und personale Statuten nicht zu früh zu identifizieren (S. 57). Insgesamt zur geschichtlichen Entstehung und Differenzierung des Begriffs der „Statutenlehre“ *Boosfeld*, ZRG GA 136 (2019), 76.

Auch in die französische Rechtswissenschaft hält diese Unterscheidung Einzug, vgl. „consuetudo in personam“ und „consuetudo contra rem“ bei *Chasseneuz*, *Consilium* XIX, Rn. 70 (S. 65).

⁵⁰ *d'Argentré*, S. 45 (Glossa VI, Rn. 2).

⁵¹ Beispielhaft seien Charles Dumoulin („Aut statutum agit in rem [...] semper inspicitur locus, ubi rest sita est“, *Dumoulin*, S. 556 linke Sp.) und Bertrand d'Argentré („Ubi de rebus soli agitur, inspicendum est statutum loci, ubi res est“, zitiert nach *Gamillscheg*, S. 73) genannt.

⁵² Zu dessen Person siehe *Orlandelli*.

⁵³ *Saliceto*, Sp. 16–26.

⁵⁴ An dem den Codex Iustinianus eröffnenden Dreikaiseredikkt entwickelt sich im Mittelalter überhaupt das kollisionsrechtliche System.

⁵⁵ *Saliceto*, Sp. 16–26, Rn. 14.

Heimatrecht unterstellen möchte, sondern dasselbe auch für die Ansprüche (*actiones*) aus und die Rechte (*iura*) an den Gütern gelte. Diese verfügten nämlich gar nicht über eine eigene physische Belegenheit, sondern hafteten der berechtigten Person an und können deshalb schon gar nicht als exterritorial bezeichnet werden.⁵⁶ Bartholomeus de Salyceto artikuliert mit diesen – wohl noch nicht gänzlich ausgereiften – Erwägungen als erster von Einzelnen Zweifel daran, ob der *locus ubi res est* als Anknüpfungsmoment für alle Rechtsfragen hinsichtlich Vermögensgegenständen geeignet ist.

5. Differenzierung und Emanzipation des internationalen Sachenrechts

Es sind im weiteren Verlauf vor allem die Rechtsgelehrten der Französischen Schule⁵⁷, die die kollisionsrechtlich unterschiedliche Behandlung von Immobilien und Mobilien herausarbeiten. Während für Immobilien weiterhin unwidersprochen an der Anwendung des Belegenheitsrechts festgehalten wird, sollen bewegliche Vermögensgegenstände dem *domicilium* des Eigentümers unterfallen.⁵⁸ Die Begründung für diese Rechtsanwendungsregel ist den Überlegungen des Bartholomeus de Salyceto nicht unähnlich: Wegen der engen räumlichen Verbindung der beweglichen Habe zu ihrem Eigentümer könne das Mobilienvermögen keine eigene territoriale Belegenheit entwickeln und somit auch keinem anderen Recht als die Person selbst unterliegen.⁵⁹ Das

⁵⁶ *Saliceto*, Sp. 16–26, Rn. 14a: „[...] quia actiones et nomina cum extero contracta non sunt bona extra territorium sita: cum non occupans locum, sed sunt jura personae coherentiae eius ossibus affixa [...] et in concernentibus personam, potior est locus originis [...] etiam quia censetur esse potius intra territorium ubi est persona [...]“.

⁵⁷ Hierzu *Gutzwiller*, S. 81–115.

⁵⁸ *d'Argentré*, S. 46 (Glossa VI, Rn. 4) und S. 56 (Glossa VI, Rn. 29); *Coquille*, S. 81 linke Sp. (Institution au Droit François); *Coquille*, S. 281 rechte Sp. (Questions & Réponses Nr. 134) mit Einschränkung (sogleich unten § 1 Fn. 59).

Auch in der holländischen Rechtslehre ist diese Ansicht vorherrschend (*Gutzwiller*, S. 127 f.). Nicolaus Burgundus stellt zwischen Mobilienvermögen, Personen und Immobilienvermögen sogar den stark territorial geprägten Zusammenhang her, dass Mobilien dem Recht der Person folgen, die Personen aber dem Recht der Belegenheit der Immobiliargüter (etwa *Burgundus*, S. 148, Rn. 21; auch *Gutzwiller*, S. 124). Ähnlich auch *Rodenburg*, S. 32 f. (Tit. II, Cap. II, Rn. 1) und S. 20 (Tit. I, Cap. II).

⁵⁹ *d'Argentré*, S. 46 (Glossa VI, Rn. 4); *Coquille*, S. 282 rechte Sp. (Questions & Réponses Nr. 134) macht hiervon jedoch eine Ausnahme zugunsten des Belegenheitsrechts, wenn die Mobilien dauerhaft an einem Ort, etwa in einer Immobilie, aufbewahrt werden; ebenso auch der holländische Jurist Nicolaus *Everhardus* zu unbeweglichem Vermögen: „[...] bona immobilia sunt subiecta statuto & consuetudini loci, ubi sita sunt“ (S. 510, rechte Sp., Rn. 1 (Cons. XXXII)), zu beweglichem Vermögen: „[...] bona mobilia videntur sequi personam eius, cuius sunt, non autem territorium, vel locum, ubi reperiantur“ (S. 508, rechte Sp. Rn. 59 (Cons. XXXI)) mit der Ausnahme: „quando mobilia essent perpetuo destinata ad certum locum, ita quod ibi semper essent mansura“ (ebd.). Prägnant auch aus der deutschen Rechtswissenschaft *Stryk*, S. 79 f. (Kap. III, Rn. 155): „Quoad mobilia non locus rei inventae, sed

„Fahrnisstatut“ ist in dieser Vorstellung (jedenfalls im Ergebnis)⁶⁰ personal.⁶¹ Damit ist das Prinzip *mobilia ossibus inhaerent* in der europäischen Lehre des internationalen Sachenrechts endgültig angekommen.⁶²

Dem ebenfalls der Französischen Schule entstammenden Philippe de Renusson ist eine weitere, wichtige Unterscheidung zu verdanken. In seiner Abhandlung über die Gütergemeinschaft zwischen Ehegatten stellt er zur Frage der Verfügungen der Ehegatten untereinander fest: „[...] autre chose est le droit de communauté et autre chose est le droit de disposer“. Während hier gilt „le droit de communauté est individu“⁶³, gilt dort „La disposition des biens est une chose divisible“⁶⁴. Damit habe die (nach moderner kollisionsrechtlicher Diktion) unwandelbare⁶⁵ Anknüpfung der Gütergemeinschaft an das Recht des ersten gemeinsamen Wohnsitzes⁶⁶ keinen Einfluss auf die Wirksamkeit und Wirkung einer Verfügung der Ehegatten untereinander, die nach dem Belegenheitsort des betreffenden Vermögensgegenstandes zu beurteilen sei.⁶⁷ Die Pointierung dieses Unterschieds ist für die Geschichte des internationalen Sachenrechts in Europa als durchaus bedeutend anzusehen, weil sie das Sachenrecht (zögerlich) als eigenständiges Gebiet kollisionsrechtlicher Überlegungen von güterrechtlichen oder erbrechtlichen⁶⁸ Fragen emanzipiert. Damit verschafft Renusson dem internationalen Sachenrecht eine eigene Bühne. Der Betrachtungsgegenstand ist nicht mehr nur Annex zur Besprechung erb- und güterrechtlicher Einzelfälle. Er legt den Grundstein dafür, das internationale Sachenrecht deshalb als eigenständige Disziplin zu betrachten, weil es sich mit einzelnen Vermögensgegenständen, nicht mit dem Vermögen als Ganzes auseinandersetzt.⁶⁹

Domicilii attendetur; cum mobilia in certo loco sita esse non dicantur, sed potius personam sequantur“.

⁶⁰ Vgl. § 3 L. von Bar, S. 600 f.

⁶¹ d'Argentré, S. 57 (Glossa VI, Rn. 30); Coquille, S. 81 rechte Sp. (Institution au Droit François).

⁶² Gutzwiller, S. 93.

⁶³ de Renusson, communauté, S. 290 (Teil I, Kap. XV, Nr. 36).

⁶⁴ de Renusson, communauté, S. 282 (Teil I, Kap. XV, Nr. 23).

⁶⁵ de Renusson, communauté, S. 277 (Teil I, Kap. XV, Nr. 14): „Le droit de communauté est un droit individu, lorsqu'il a été acquis aux conjoints, il demeure & subsiste toujours nonobstant changement de domicile“.

⁶⁶ de Renusson, communauté, S. 290 (Teil I, Kap. XV, Nr. 36).

⁶⁷ de Renusson, communauté, S. 282 (Teil I, Kap. XV, Nr. 23).

⁶⁸ Eine ähnliche Differenzierung hinsichtlich erbrechtlicher Fragen findet sich bei de Renusson, garde, S. 85 (Kap. VI, Nr. 27).

⁶⁹ Wie später insbesondere Wächter und Savigny betonen (§ 1 I. 8. mit Fn. 93 (S. 14)).

6. Die herrschende Meinung im Mittelalter

Die prägnanten sachenrechtlichen Ausführungen Ulrich Hubers in seiner kollisionsrechtlichen Abhandlung *De Conflictu Legum Diversarum in diversis Imperiis* können als Zusammenfassung dessen betrachtet werden, was sich aus der Entwicklung des Zwischenprivatrechts der Vermögensgegenstände im Mittelalter als herrschende Meinung herauskristallisiert hat:

Immobilien sind derart eng mit ihrem Belegenheitsort verknüpft, dass auf sie ausschließlich und ohne anderweitige Einflussmöglichkeiten das territoriale Recht des Lageortes Anwendung findet.⁷⁰ Mobilien unterliegen hingegen dem Wohnsitzrecht ihres Eigentümers.⁷¹

In der nachfolgenden Zeit bis zu den ersten kollisionsrechtlichen Kodifikationen ändert sich an diesem Meinungsbild nur wenig. Die sachenrechtlichen Bemühungen beschränken sich größtenteils auf Bekräftigung, kleinere Ergänzungen und Erprobung dieser Grundregeln in fiktiven oder realen Fallkonstellationen. Soweit sich die Rechtsgelehrten Europas ab dem 17. Jahrhundert beispielsweise mit unkörperlichen Gegenständen⁷² beschäftigen, rechnen sie diese den Mobilien zu⁷³ oder unterwerfen sie als selbständige Kategorie dem *domicilio* des Berechtigten.⁷⁴ Ein wenig Bewegung erhält die Diskussion um die

⁷⁰ U. Huber, S. 542, rechte Sp. (Nr. 15): „Sed haec ratio non convenit rebus immobilibus, quando illa spectantur, non ut dependentes a libera dispositione cuiusque patrisfamilias, verum quatenus certae notae Lege cuiusque Reipubl. ubi sita sunt, illis impressae reperiuntur; haec notae manent indelebiles in ista Republ. quicquid aliarum Civitatum Leges aut privatorum dispositiones secus aut contra statuunt; nec enim sine magna constitutione praepudicioque Reip. ubi sitae sunt res soli, Leges de illis latae, dispositionibus istis mutari possent.“

⁷¹ Ebd.: „[...] quantum attinet ad immobilia, servatur ius loci, in quo situs eorum est; quoad mobilia, servatur ius, quod illic loci est, ubi testator habuit domicilium.“

⁷² Diese Kategorie wird bei den Rechtswissenschaftlern der frühen Neuzeit noch sehr unterschiedlich bezeichnet; während Cocceji, S. 733 f. (Disp. LIV, Tit. VIII, Nr. 7) etwa von „nomina & jura in personam“ spricht, heißt es bei Hert, S. 123 (De Collisione Legum, Sectio IV, § VI) „res incorporales“ und bei Bouhiers, S. 458 (Rn. 64) „droits incorporels et indivisibles“. Eine deutlich formulierte Kategoriebildung findet sich bei Hildebrand, S. 27 (XX): „Bona incorporalia, veluti actiones & nomina, licet proprie neq; ad mobilia neq; ad immobilia referri possint, sed separatam bonorum partem constituent.“

⁷³ So etwa Schilter, S. 115 linke Sp. (Dissertatio de iure peregrinorum, § XLII).

⁷⁴ Bouhiers, S. 458, Rn. 64; Cocceji, S. 733 f. (Disp. LIV, Tit. VIII, Nr. 7): „[...] quod in nomina & jura in personam succedatur tantum juxta Statuta domicilii: illa enim non sunt certo loco sita, sed personae creditoris eiusque quasi ossibus inhaerent, qui tempore mortis subjectis fuit loco domicilii“. Zur Einordnung ist hier jedoch zu berücksichtigen, dass Cocceji der *lex rei sitae* in seiner kollisionsrechtlichen Lehre eine ungewöhnlich hohe Bedeutung beimisst (Cocceji, S. 729 (Disp. LIV, Tit. VII, Nr. 19)), sodass ein Ausweichen auf das Wohnsitzrecht bei unkörperlichen Gegenständen eher der Verlegenheit, keine Belegenheit feststellen zu können, als einer Entscheidung für diese Anknüpfung aus Sachgründen geschuldet sein könnte.

Sachregister

- Abstraktionsprinzip 171, 174, 178, 181
Anpassung 77, 189, 258, 260, 269, 272, 289 f., 299
- Belegenheit 3 ff., 18 ff., 103, 192, 203, 206, 246, 258, 262, 264, 270, 277, 288, 293 ff.,
- Belgien 17, 30, 101, 117, 219
BGL BNP Paribas SA 2, 80, 170, 186
Binnenmarkt 2, 21 ff., 27, 40, 57
Bulgarien 18, 277 ff.
bundle of rights 59, 136
- ČEZ 90 f., 97 ff., 219, 234
- Damnationslegat 107, 249 ff.
- Delikt
 siehe Schuldverhältnis,
 außervertraglich
- Design 37, 137 f., 142, 198
- Deutschland 3, 6, 8, 13, 17 ff., 36 ff., 46, 50 ff., 57 ff., 73 ff., 92 ff., 110, 112, 117 f., 123 ff., 134 ff., 142 ff., 151, 155, 165 ff., 172 ff., 182 ff., 204, 206, 214, 216 ff., 242, 249 ff., 264 f., 269 ff., 273 ff., 278 ff., 287 ff., 299 f., 302
- dinglicher Anspruch 236, 242 ff.
- Drittwirkung 44 ff., 73, 75 f., 88, 105 f., 111, 130, 147, 169 ff., 176, 189, 201 ff., 207, 218 ff., 227 f., 239, 254, 262, 264, 268, 273, 277
- Drittwirkung der Forderungsübertragung 2, 35, 39, 78 ff., 112, 201, 283
- dynamisches Sachenrecht 47 f., 175 ff., 183 ff.
- Ehegüterrecht 2, 9, 18 f., 66, 77, 266 ff., 285, 289 f.
- Eigentumsordnung 23 ff., 62, 122
- Ellmes Property Services* 90 ff., 109, 219, 234
- Erbrecht 1, 6, 9, 18, 66, 70, 77, 106 ff., 247 ff., 283, 289, 291
- ERGO Insurance* 165, 212 ff.
- Estland 18 ff., 59, 117, 124, 133, 174, 179, 189, 219, 235 f., 285 f., 298
- EuErbVO
 siehe Erbrecht
- EuGüVO
 siehe Ehegüterrecht
- EuInsVO
 siehe Insolvenz
- EuPartVO
 siehe Ehegüterrecht
- Frankreich 6 ff., 12, 16, 29 f., 32, 36 f., 41, 46, 50, 56 f., 65, 73 ff., 79, 81, 101 f., 114 ff., 122 ff., 133, 137 ff., 141 ff., 154 f., 168, 172, 176 ff., 181 ff., 189 f., 200, 203 ff., 214, 218 ff., 231, 243, 251, 255 ff., 279, 283, 287, 292
- Gefahrtragung 183, 206 f., 211
- Geschichte des Sachenrechts 3 ff., 92
- gewöhnlicher Aufenthalt 8, 11, 197, 301
- Griechenland 17 f., 28 f., 41, 44, 50, 115, 124 f., 133, 174, 178 f., 181 f., 189, 210, 218 f., 265, 286 f.
- Güterzuordnung 38 ff., 49 f., 52 ff., 111 ff., 119 ff., 126, 134 f., 137 f., 141 ff., 160 ff., 170, 186 f., 193, 197, 204 ff., 220 ff., 235 ff., 244 ff., 254 ff., 259 f., 266 ff., 281 ff., 290 ff.
- gutgläubiger Erwerb 88, 118, 163, 170, 183 f., 235 f., 286 ff., 292
- Handte* 80, 165

- Iliev* 22, 278
 Immobilien 6 ff., 30, 64, 116, 121 f.,
 174 ff., 177 ff., 195, 210, 221, 235,
 265, 299
 Insolvenz 1, 19, 64, 68, 71 ff., 94 f.,
 102 ff., 122, 146, 167, 223, 240, 245,
 249, 281 f., 296, 299 f.
 Irland 31, 37, 41, 46 ff., 115, 122, 124,
 141, 144
 Italien 6, 16, 18 f., 30 ff., 36 f., 41, 46,
 50, 73 f., 81, 114 f., 121 ff., 124 f.,
 133, 138, 142, 144, 147, 172, 176 ff.,
 182 ff., 189 f., 200, 203, 210, 214,
 218 ff., 230, 257 f., 285, 292, 297

 Kroatien 18, 37
Kubicka 22, 106 ff., 258, 262 ff.

 Lettland 18, 114 f., 174, 189, 219
lex fori 5, 13, 101
lex registrationis 262, 297
lex rei sitae
 siehe Belegenheit
 Litauen 18, 122
 Luxemburg 154, 273

Mahnkopf 159, 253
 Malta 116 f., 172, 178, 183, 219
 Marke 37, 63, 69, 86, 137 f., 140, 142,
 301
Milivojević 90 ff., 100 f.
 Mobilien 7 f., 10 ff., 35, 73, 118 f.,
 122 f., 155, 172 ff., 220, 299

 Niederlande 8, 17 ff., 29, 32, 36 f., 56,
 59, 73, 114 f., 118, 121, 124, 130,
 132 f., 219, 297
numerus clausus 77, 107, 248, 274,
 277, 280

opposabilité 79, 84, 143, 184, 189,
 203 ff., 218, 259, 292
 Österreich 11 f., 16, 18 ff., 30, 37, 44,
 48, 50, 56, 59, 73 ff., 95, 97, 114 ff.,
 124 ff., 134 ff., 143 f., 173 f., 181 f.,
 185, 189, 192, 210, 216, 220 ff., 229,
 230 f., 235 f., 253, 287, 292

 Patent 36 f., 137 ff., 141 ff., 165,
 172 f., 177, 182, 202, 209, 239 f.,
 242 ff.
 persönliches Recht 48, 71, 81, 84 f.,
 92 ff., 110, 124, 129, 131 ff., 136,
 165, 170 ff., 186 f., 204 ff., 210,
 212 ff., 220, 222 ff., 240 f., 244,
 246 f., 250 ff., 289
 Persönlichkeitsrecht 55, 137 f., 141,
 151 f.
 Polen 16, 18 ff., 28, 59, 75, 106 f., 115,
 117, 124 f., 133, 172, 210, 218 f.,
 221, 230 f., 235 f., 247, 257, 286,
 298
 Portugal 18, 29, 42, 115, 118, 124 ff.,
 133, 172, 189, 210, 218 ff., 285 f.

 Qualifikation 95 ff., 101, 120, 158 ff.,
 167, 185, 188 ff., 200, 204, 207, 216,
 228, 233 f., 241 f., 246, 257 f.,
 264 f., 279, 282, 290

 Rechtsnachfolge von Todes wegen
 siehe Erbrecht
 Rechtszuständigkeit 128 ff., 169
 Register 20, 32, 69, 74, 94, 164, 178,
 173, 177 f., 182, 197 f., 235 f., 248,
 261 ff., 267, 272, 286, 288, 297 f.
res in transitu 14, 299
 Rom I-VO
 siehe Schuldverhältnis, vertraglich
 Rom II-VO
 siehe Schuldverhältnis,
 außervertraglich
 Rumänien 18, 20, 37 f., 218 f., 298

 Schuldverhältnis
 – allgemein 54, 70, 81, 126 f.
 – außervertraglich 1, 39, 48, 54, 99,
 212 ff.
 – vertraglich 1, 48, 54, 70, 80 ff.,
 95 ff., 165 ff.
 Schutzlandprinzip 237, 241, 301
 Schweden 16, 31, 47 ff., 56, 65, 123,
 130, 175, 182
SCI Senior Home 71, 102 ff.
ShareWood Switzerland 32, 90 f.
 Slowakei 18
 Slowenien 18

- Spanien 16, 18 ff., 41, 46, 50, 53 ff.,
73 f., 81, 114 f., 118, 121, 124 f.,
133, 138, 142, 148 ff., 174, 179, 182,
189, 192, 199, 205, 210, 218 f., 231,
243, 257, 269, 283, 298
- Staatsangehörigkeit 16
- titulus* und *modus* 172 ff., 181, 189
- Tschechische Republik 18 ff., 31, 50,
56, 75, 114, 117, 121, 124 f., 138,
142, 172, 174 f., 182, 189, 216,
219 f., 235, 284, 298
- Ungarn 18, 117, 125, 174, 189, 219,
221, 235, 284, 286
- Universalsukzession 19, 124, 256, 260,
264 f.
- Urheberrecht 137 f., 142, 144, 145,
237, 241, 296, 300 f.
- Verfügung 9, 63, 135, 169, 171 ff.,
185 f., 204
- Vermächtnis 249 ff.
- Vermögensrecht 45, 51 ff., 132, 196
- Vertrag
siehe Schuldverhältnis, vertraglich
- Vindikationslegat 107, 257 ff.
- Vorfrage 188, 192, 211, 215, 218, 231,
238, 246, 289
- Webb* 92 f., 101
- Wirkung *erga omnes*
siehe Drittwirkung
- Wirkung *inter partes*
siehe persönliches Recht
- Wohnsitz 9, 240, 301